



Statement HateAid gGmbH

HateAid wehrt sich gegen Desinformationskampagne

Berlin, 11. Februar 2025

Aktuell kursieren mehrere Unterstellungen über die gemeinnützige Organisation HateAid. Diese knüpfen an Falschbehauptungen an, die bereits im vergangenen Herbst unter anderem durch das Onlineportal „NIUS“ verbreitet wurden und gegen die HateAid erfolgreich gerichtlich vorgegangen ist.

Derartige Behauptungen sind Teil von immer häufiger kolportierten Des- und Missinformationskampagnen, die nicht nur HateAid, sondern viele weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, derzeit erleben. Wir sehen diese als Versuch, demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement in der Öffentlichkeit gezielt zu diskreditieren und zu behindern. Das zeigt: Unser Einsatz für Demokratie und Menschenrechte im digitalen Raum ist wichtiger denn je.

HateAid stellt daher richtig:

1. An der Organisation und Finanzierung von Demonstrationen war HateAid weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt.
2. Als Gesellschafterin von HateAid erhält Campact e. V. weder direkt noch indirekt Gelder von HateAid. Campact e. V. und HateAid gGmbH sind zwei unterschiedliche juristische Personen.
3. Campact e. V. hat als Gesellschafterin keine finanzielle Verpflichtung gegenüber HateAid und profitiert weder direkt noch indirekt von Geldern, die HateAid erhält.
4. Die öffentlichen Zuwendungen, die HateAid durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie durch das Bundesministerium der Justiz erhält, sind ausschließlich projektgebunden und fließen einzig in die Unterstützung für Betroffene von digitaler Gewalt. HateAid ist Mitglied der Initiative transparente Zivilgesellschaft und gibt im [Transparenzbericht](#) umfassend Auskunft über Mittelherkunft und -verwendung.
5. HateAid ist bereits in der Vergangenheit erfolgreich gerichtlich gegen derartige Vorwürfe vorgegangen. Weitere rechtliche Schritte gegen die aktuelle Berichterstattung lassen wir derzeit prüfen.

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon. HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org, Tel. 030 25208837